



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Altersvorsorge 2020

DV EVP Schweiz 24. Juni 2017 in Münsingen

Referat Maja Ingold



Notwendigkeit der Reform

- Einzigartiges Vorsorgemodell Schweiz
- Rote Zahlen bei der AHV infolge demografischer Entwicklung (Lebenserwartung, Babyboomer)
- Scheitert die Reform, ist der AHV-Ausgleichsfonds 2030 nicht mehr in der Lage, die laufenden Renten auszuführen
- Generationensolidarität wird immer mehr strapaziert
- In den letzten 20 Jahren scheiterten alle Altersvorsorge-Vorlagen vor dem Volk oder schon im Parlament



Dreifache Herausforderungen

- Demografische (steigende Rentenjahre für bevölkerungsstarke Generation gegenüber sinkender Zahl Erwerbstätiger)
- Wirtschaftliche (Pensionskassen in Unterdeckung, tiefe Zinsen, schlechte Renditen ...)
- Gesellschaftliche Herausforderungen (2. Säule für Teilzeitarbeit, tiefe Löhne, verschiedene Arbeitgeber etc.)



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Ziel der Vorlage (einstiger Konsens von Parteien und Bundesrat)

- **Das Rentenniveau soll erhalten bleiben**
- **Ausgleichsmassnahmen, welche die entstehenden Lücke decken**
- **Die Leistungen müssen ausreichend finanziert werden, damit der AHV-Fonds nicht geleert wird**
- **Die Altersvorsorge wird an veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse angepasst und Vorsorgelücken werden geschlossen**
- **Die Vorlage muss in der Bevölkerung mehrheitsfähig sein**



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Das sieht die vorliegende Reform vor

- Einheitliches Referenzalter 65 für Frau und Mann
- Flexibler Rentenbezug zwischen 62 und 70 Jahren
- Senkung des BVG-Umwandlungssatzes von 6,8 auf 6,0%
- Ausgleichsmassnahmen in 1. Säule (AHV) und 2. Säule (BVG) zum Erhalt des gesamten Rentenniveaus



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Finanzierung

Über 2 Instrumente:

- a) MWST: erste Etappe 2018 Erhöhung um 0,3% (anstelle von IV-Zusatzfinanzierung). Zweite Etappe 2021 nochmals 0,3%
- b) Erhöhung Lohnbeiträge (je 0,15%) von Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen

Die teuerste Lösung ist **keine** Reform, weil der AHV-Fonds jedes Jahr weitere Defizite akkumuliert und den Erwerbstätigen aufbürdet



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

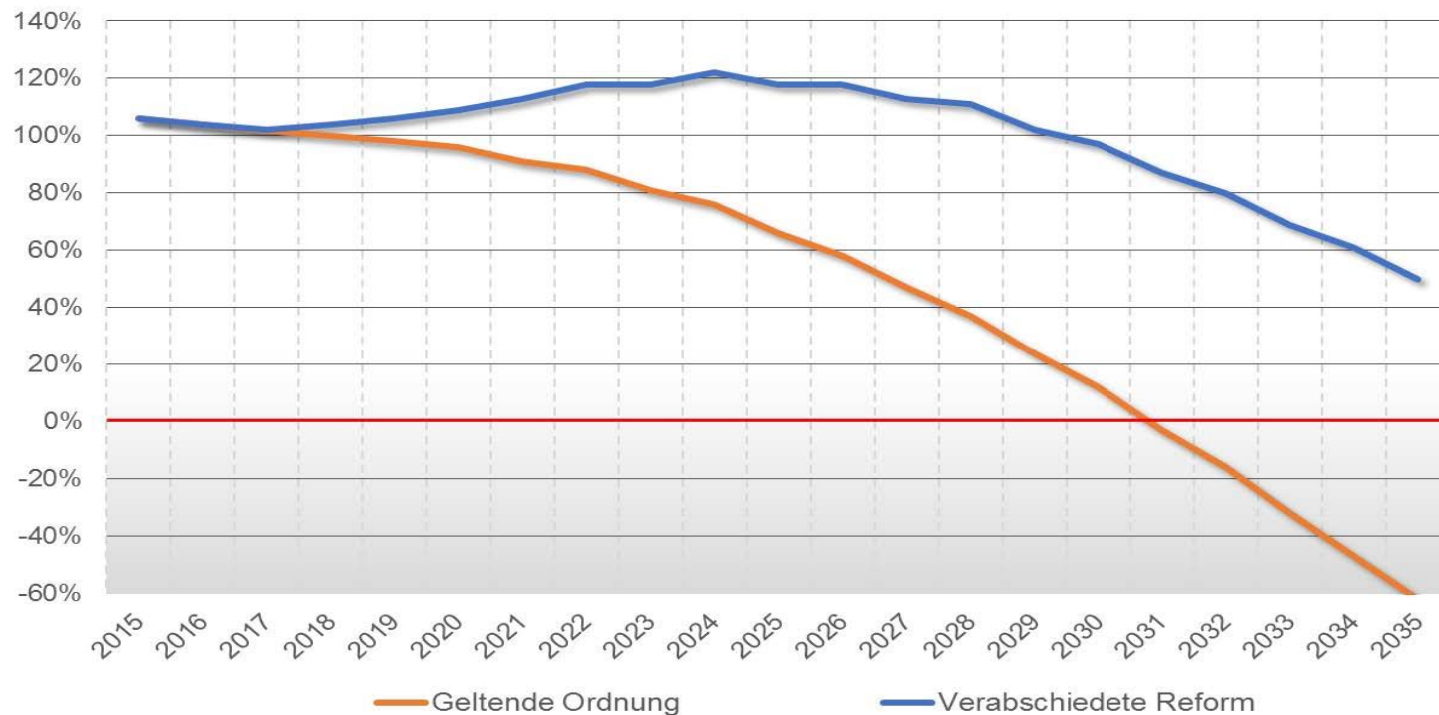
Das spricht für die Reform

- Sichere Renten für heute und morgen
- Kein Rentenalter 67 in dieser Vorlage
- Ausgeglichene Kompensationsmassnahmen
- Für die Jungen, Frauen und Teilzeitbeschäftigten
- Sicherung für zukünftige und aktuelle Rentner
- Für Arbeitgeber und KMU



Scheitern ist besser!?

Stand des AHV-Fonds in % der AHV-Ausgaben (Projektion bis 2035)





Das sagen die Gegner (von rechts)

- Scheitern ist besser? Der AHV-Fonds schneidet im Jahr 2030 mit der Reform signifikant besser ab als ohne
- Kein Rentenausbau als Kompensationsmassnahmen in der AHV, stossende Ungleichheit der Bezüger! Alle andern Massnahmen verursachen grössere Ungerechtigkeiten oder kompensieren mangelhaft
- Verpasste automatische Rentenaltererhöhung: Automatische Massnahmen sind beim Volk nicht mehrheitsfähig



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Das sagen die Gegner (von links)

- Die Erhöhung des Rentenalters für Frauen = unsoziale Massnahme! **Die Lohnungleichheit muss andernorts erfolgen, nicht in dieser Vorlage**
- Die Kompensation mit 70 Fr. ist überhaupt keine Kompensation, eine Rentnerin erleidet bis zum Alter von 86 Jahren Nachteile. **Wir haben andere Instrumente für die Existenzsicherung, EL**



Evangelische Volkspartei der Schweiz
Parti Evangélique Suisse

Hauptkritikpunkte – «rote Linien» der Parteien

- Giesskanne
- Nachhaltigkeit fehlt
- Ehepaarplafond – Erhöhung
- Rentenaltererhöhung



Fazit EVP und Empfehlung

- Gesamtziel Rentenerhalt mit vollständigen Kompensationsmassnahmen wird erfüllt
- Enkeltauglichkeit: Ganze Bevölkerung, alle Generationen können Kompromiss-Vorlage mittragen
- Grosser richtiger Schritt: Altersvorsorge wird für das nächste Jahrzehnt finanziell gesichert
- Dazu wird sie solidarischer und gerechter
- Die vorläufige Lösung ist besser als keine, Scheitern ist schlimmer
- **Deshalb Empfehlung von uns Nationalrätinnen: Gesetz und MWST – Erhöhung zustimmen**